

Die „Freiheit“ erscheint täglich morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus und durch die Post bezogen M. 12.— im voraus jährlich. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Einfluß des Bezugs für Deutschland, Dänzig, das Saar- und Elsassgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Litauens M. 23.— für das übrige Ausland M. 30.— Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 59

Die neugegründete Kompartillegelle über deren Raum kosten 6.— M. einschließlich Inzeration. Kleine Anzeigen: Das letztgedruckte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M. einschließlich Inzeration. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Angebote 3,75 M. netto pro Zeile. Erstveröffentlichung in Wort-Anzeigen: das letztgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M. Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

# Eine neue Regierung Wirth

## Die notwendige Lösung

Verfliegt der Spuk endlich? Heute um 12 Uhr tritt der Reichstag zusammen und es ist wahrscheinlich, daß er auch eine neue Regierung vorfinden wird. Es wird eine Regierung Wirth sein, vielleicht in verbesserter Auflage, denn die Demokraten werden hoffentlich hinausgeworfen werden.

Es ist gekommen, wie wir es gesagt haben. Die Versuche der bürgerlichen Parteien, eine Regierung mit einer anderen Politik zu bilden, sind gescheitert, weil sie scheitern mußten. Es ist einfach unmöglich, sich jetzt dem Zwange der Entente zu entziehen, weil der Zwang sich dadurch nur noch außerordentlich verschärfen würde. Und es wäre der Gipfel der Torheit, die wirtschaftlichen Bestimmungen, die Deutschland günstig sind, abzulehnen und so zu dem politischen Verlust auch noch den wirtschaftlichen selbst herbeizuführen. Mit Ausnahme der Führer der Demokraten und der Rechtsparteien ist diese Auffassung auch ganz allgemein. Sie überwiegt auch bei der Industrie und erst recht in all den Kreisen des ober-schlesischen Gebietes, die das nächste und unmittelbare Opfer einer solchen Politik gewesen wären. Aber die Demokraten hatten sich nun einmal ganz und gar der Deutschen Volkspartei verschrieben, und nachdem diese nein gesagt hatte, plapperten sie das Nein einfach nach. Wessen Geschäfte sie in Wirklichkeit besorgt haben, stellt glücklicherweise die „Deutsche Tageszeitung“ mit aller Deutlichkeit fest, indem sie mitteilt, daß die Deutsche Volkspartei in diesen Tagen in enger Fühlung mit den deutschnationalen gestanden hat. Es ist in der Tat die Katastrophenpolitik der Dergt und Helfferich, der als deren Werkzeuge nicht nur die Strefemänner, sondern auch die Peterßen und Koch gedient haben.

Das Ministerium Wirth ist also im Entstehen. Es erscheint politisch dadurch zunächst geschwächt, daß es nicht gleichsam offiziell als Regierung der Rechtssozialisten und des Zentrums gelten soll. Denn es heißt, daß Dr. Wirth in der Auswahl der Minister freie Hand erhält. Aber was für den Augenblick als politische Schwächung erscheinen könnte, bedeutet eine Stärkung der persönlichen Stellung Wirths und zugleich die stärkste Rechtfertigung der von ihm eingeschlagenen Politik. Denn daß man zur Entwirrung des Chaos auf ihn zurückgreifen muß, trotz der starken Widerstände, die in allen bürgerlichen Parteien sich erhoben hatten, beweist den Irrsinn der ganzen Krise und wird vielleicht doch den Fraktionsführern die Lust austreiben, mit den wichtigsten Interessen des deutschen Volkes und den Rechten des Parlaments noch einmal Schindluder zu treiben. Freilich hätte es ihnen überhaupt nicht bekommen können, ihre Treibereien zu beginnen, wenn nicht in Görlich der Kardinalfehler begangen worden wäre, ohne Zwang die Grundlage des Kabinetts selbst in Frage zu stellen und als zu schmal zu erklären. In dem Briefe, den der Reichspräsident an Herrn Wirth gerichtet hat, bekennt er sich selbst zu dieser Politik und scheint selbst jetzt noch nicht einzusehen, wie sehr das Werben um die Deutsche Volkspartei den bürgerlichen Parteien das Spiel erleichtert hat, das sie in den letzten Tagen gewagt hatten.

Und welcher Täuschung über die wirkliche Natur der Deutschen Volkspartei hat man sich unbegreiflicherweise hingeegeben! In ihrer Absage an den Reichspräsidenten formuliert sie ein Programm, das ihnen die deutschnationalen in die Feder diktiert haben könnten. Und damit an dem deutschnationalen Charakter kein Zweifel sei, denunzierten sie die sozialistischen Parteien als diejenigen, die einen Widerstand gegen Zwangsmassnahmen unmöglich machten. Die Herren vergessen nur hinzuzufügen, daß sie, die eigentlichen Kriegsheher und Kriegsverlängerer stets gewesen sind, es sind, die Deutschland in die Lage gebracht haben, Zwangsmassnahmen erdulden zu müssen. Sie sagen auch mit keinem Worte, wie und mit welchen Mitteln dieser Widerstand geleistet werden könnte und entpuppen sich so als verantwortungslose nationalistische Demagogen. Und diese Leute in die Regierung zu bringen, galt in den letzten Monaten als vornehmste Aufgabe der deutschen Politik!

Nun sind sie entlarvt und die Erfahrungen der letzten Tage sollten im deutschen Volke, in der deutschen Arbeiterschaft zumal, nicht vergessen werden. In dieser schweren Krise hat es sich wieder herausgestellt, daß die Arbeiterschaft in diesem

Reiche der Träger der politischen Vernunft ist, daß sie es ist, die durch ihre feste und entschlossene Haltung Deutschland vor abenteuerlicher Romantik und nationalistischer Tollheit bewahrt. Ihnen in erster Linie wird es zu danken sein, wenn zum dritten Male eine schwere Krise überwunden werden wird.

## Der Auftrag an Wirth Ein Schreiben des Reichspräsidenten

Der Reichspräsident richtete heute nachmittags 5 Uhr an den Reichskanzler folgendes Schreiben:

Herr Reichskanzler! Seit Wochen ist es mein unausgelehtes Bemühen gewesen, für eine Verbreiterung der gegenwärtigen Regierungscoalition die Grundlage zu schaffen in der Ueberzeugung, in der ich mit Ihnen Herr Reichskanzler, einig gehe, daß die großen Aufgaben, die Deutschland auf dem Gebiete der äußeren und inneren Politik barren, auf einer breiten Regierungsbasis am besten gelöst werden können. Sie, Herr Reichskanzler, haben mich in diesem Bestreben unterstützt und die Verbreiterung der Regierungscoalition zu wiederholten Malen als das nächstliegende Ziel ihre Politik bezeichnet und auch alles getan, um ihr näher zu kommen.

Die Entscheidung, welche die Botschafterkonferenz der Alliierten in der ober-schlesischen Frage gefällt hat, hat zweifellos die Erreichung dieses erstrebten Zieles erheblich erschwert. Ich bin allerdings der Meinung, daß es bei allerseits gutem Willen unter Voranstellung der Interessen des Vaterlandes möglich gewesen wäre, die verbreiterte Koalition allen Bedenken zum Trost zustande zu bringen. Verschiedene Vorgänge haben sich leider hemmend in die gegangenen Verhandlungen eingedrängt, so daß das erstrebte Ziel als gescheitert anzusehen ist. Dies ist um so bedauerlicher, als der Rücktritt des bisherigen Kabinetts das Bestehen einer handlungsfähigen Regierung argefaßt der außenpolitischen Lage zu einer zwingenden Notwendigkeit und die Bildung des neuen Kabinetts unaufschiebbar macht. Kostbare Zeit ist auf die Verhandlungen zur Klärung der innenpolitischen Lage verwandt worden, ohne daß sich eine solche ergeben hat.

In dieser Not des Vaterlandes richte ich an Sie, Herr Reichskanzler, die dringende Bitte, die mir gegebene Absage zurückzugeben und unter Hinzustellung persönlicher und parteipolitischer Rücksichten die Bildung der Regierung zu übernehmen. Die Tatsache, daß Sie bereits einmal in schwerster Bedrängnis sich dem Vaterlande zur Verfügung gestellt haben, gibt mir die Hoffnung, daß Sie auch diesmal dieses Opfer bringen werden. In Anbetracht der gegebenen Verhältnisse vertraue ich darauf, daß es ihrer Tatkraft und politischen Einsicht gelingen wird, eine Regierung zu bilden, die Gewähr dafür bietet, daß sie die nächste der deutschen Politik gestellte Aufgabe, sowie die dringlichsten Probleme der weiteren Zukunft lösen kann.

Ich bin in aller Wertschätzung ihr aufrichtig ergebener Diener.

## Wirth zur Kabinettsbildung bereit

W. T. B. meldet: Der Reichskanzler erklärte sich nach erneuter Rücksprache mit dem Reichspräsidenten bereit, die Bildung der Regierung zu übernehmen.

## Heute mittag 12 Uhr Reichstag

Der Aelterenrat des Reichstages hat die Plenar-sitzung nunmehr endgültig auf Mittwoch, 12 Uhr mittags, festgesetzt. Das Plenum selbst wird dann entscheiden, ob sich weitere Sitzungen anschließen werden oder der Reichstag sich bis zum 3. November vertagen soll.

Der Reichskanzler hat, nachdem er den Auftrag des Reichspräsidenten zur Bildung der neuen Regierung angenommen hat, die Besprechungen mit Mitgliedern des bisherigen Kabinetts ausgenommen. Zu einer Besprechung der Lage hat der Reichskanzler auch den Reichstagsabgeordneten Dr. Heinze zu sich gebeten. Es ist damit zu rechnen, daß die Bildung des neuen Kabinetts im Laufe des heutigen Vormittags zustande kommt, so daß es sich dem Reichstag, der heute mittag um 12 Uhr zu einer Plenar-sitzung zusammentritt, wird vorstellen können.

## Die Stinnespartei für die Politik des Widerstandes

Die Deutsche Volkspartei läßt durch die National-liberale Korrespondenz die folgende Mitteilung zur Rechtfertigung ihres Verhaltens verbreiten: Die Fraktion der Deutschen Volkspartei nahm am Montag abend zu den Verhandlungen beim Reichspräsidenten Stellung. Die Fraktion beschloß sich dabei vor allem erneut mit der Haltung, die von einer neu zu bildenden Regierung gegenüber der ober-schlesischen Frage eingenommen werden soll. Die Fraktion hat in der ober-schlesischen Frage unerschrocken an dem Standpunkt festgehalten, daß die Entsendung eines Kommissars zu den Wirtschaftsverhandlungen nach dem Wortlaut der Kanteinote die Anerkennung der ober-schlesischen Entscheidung in sich schließt, und daß daran auch durch eine Rechtsver-

wahrung nichts geändert werde. Die Fraktion war der Auffassung, daß Regierung und Reichstag unter diesen Umständen deutlich erklären müßten, daß sie die Bedingungen der Entente, die uns deutsches Land entreißen und selbst in dem uns verbleibenden Oberschlesien die deutsche Souveränität teilweise aufhebe, nicht annehmen können und daß dies gegenüber der Entente klar zum Ausdruck gebracht werden müsse.

In den Verhandlungen beim Reichspräsidenten zeigten sich aber in der Behandlung dieser Frage weitgehende Meinungsverschiedenheiten. Der Versuch, für die an der Verhandlung beteiligten Fraktionen eine Einigungsformel zu finden, führte nicht zu einem Ergebnis, das von der Deutschen Volkspartei als ihrem Standpunkte entsprechend angesehen werden konnte. Die Fraktion kam infolgedessen einmütig zu der Ueberzeugung, daß eine Grundlage für ein dauerndes einmütiges Zusammenarbeiten der für die große Koalition in Aussicht genommenen Parteien derzeit nicht gegeben sei. Wenn der Standpunkt der Deutschen Volkspartei Anerkennung finde, müsse damit gerechnet werden, daß die Entente unter Umständen durch Zwangsmassnahmen Deutschland zur offiziellen Anerkennung der ober-schlesischen Entscheidung zu bringen veruche. Alle Parteien, welche die neue Regierung bilden, müßten dann entschlossen sein, diesen Zwangsmassnahmen gegenüber Widerstand zu leisten. Diese Auffassung der Deutschen Volkspartei wird aber nicht von allen Parteien geteilt, die für die neue Regierungsbildung in Betracht kommen, und deshalb besteht die Gefahr, daß ein jetzt gebildetes Kabinett, selbst wenn man sich über die Formel der ober-schlesischen Frage einigte, in kurzer Zeit wieder zusammenbrechen könnte, sobald Differenzen über diese Frage entstanden. Angesichts dieser Sachlage kann sich die Deutsche Volkspartei an der Regierungsbildung nicht beteiligen.

Dieser Vorbehalt bedeutet aber keineswegs eine Absage an den Gedanken der großen Koalition, dem wir die Fraktion in den stattgehabten Verhandlungen bis zur Grenze des Möglichen nach einer Verständigung gesucht hat. Sie betrachtet jedoch die an sich bedeutsamen Fragen der inneren Politik, die bei einer Koalition zu berücksichtigen waren, nicht in Standpunkte einseitiger Parteipolitik, sondern von dem Standpunkte aus, daß hierüber eine Verständigung unter allen Umständen gesucht werden müsse. So hat die Fraktion bei den vorangegangenen Verhandlungen selbst weitgehende Vorschläge für Besatz- und Spekulationssteuern gemacht, um dadurch eine Einigung in der Steuerfrage herbeizuführen. Alle diese Gesichtspunkte aber müßten zurücktreten wenn es sich um die ober-schlesische Frage handelt. Hier geht es um mehr als in Spa, hier geht es um mehr als beim Ultimatum, denn jetzt handelt es sich nicht um Kohlenlieferungen oder um Geldleistungen, sondern es handelt sich um deutsches Volk und deutsches Land. Wenn wir diese Vergewaltigung mittelbar oder unmittelbar hinnehmen, dann ist das Ende dessen, was man uns noch weiter an Anrecht und Gewalt antut, nicht abzusehen.

Deshalb konnte die Deutsche Volkspartei in dieser Frage nur einer Formel zustimmen, die die Ablehnung deutlich anspricht und wurde sich, nachdem diese Formel in diesem Sinne nicht gefunden wurde, von den Verhandlungen zurückziehen.

## Bertrauensbruch der Strefemänner

Berlin, 25. Oktober.

Der „Vorwärts“ veröffentlicht in der Mittwoch-Morgenausgabe im Zusammenhang mit den Verhandlungen zur Bildung der neuen Regierung folgende Erklärung:

Die unterzeichneten Vertreter der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion in der Sitzung beim Reichspräsidenten vom 24. Oktober erklären:

Die Vertreter der Deutschen Volkspartei haben der Presse einen Bericht über die vertrauliche Sitzung beim Reichspräsidenten zugehen lassen, der einen Vorgang, der sich dort abgespielt hat, im großen ganzen richtig wiedergibt. Die Vertreter der Deutschen Volkspartei haben dort ein Verfahren in der ober-schlesischen Frage vorgeschlagen, von dem sie selber als möglich voraussahen, daß es zu neuen Zwangsmassnahmen der Entente gegen Deutschland führen würde.

Sie haben zugleich versucht, sich für ein solches Verfahren Dekung durch die übrigen in der Sitzung vertretenen Parteien zu sichern. Diese Dekung konnte ihnen nicht versprochen werden, da unsere Partei gewissenhafterweise nicht die Verantwortung für ein Verfahren übernehmen kann, das zwar den Segen zu Zwangsmassnahmen gegen das deutsche Volk provoziert, diesem aber eine Möglichkeit erfolgreicher Abwehr nicht bietet. So wenig unsere Aeußerungen die Deffentlichkeit zu schrecken haben, so waren sie doch nicht für diese bestimmt. Interfraktionelle Besprechungen sind vertraulicher Natur. Die Verhandlungen des ausserordentlichen Ausschusses sind sogar durch die Verfassung in ihrer Vertraulichkeit geschützt. Was für sie gilt, muß sinngemäß auch für die Beratungen der Parteivertreter gelten, die sich mit ähnlichen Schicksalsfragen des deutschen Volkes beschäftigen.

Wir erklären daher in der Veröffentlichung der Vorgänge in der interfraktionellen Beratung der Deutschen Volkspartei einen vom parteifaktischen Erwägungen diktierten, die Interessen des Reiches schädigenden Vertrauensbruch.

Hermann Müller, Scheidemann, Weis.

# Die neueste Aktion

## Wie sich die Kommunisten eine sozialistische Regierung vorstellen

Nachdem die Kommunistische Partei einige Zeit nur noch durch die Erscheinungen ihres Verfalls die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit und der anderen proletarischen Organisationen herausgefordert hatte, fanden wir gestern einen längerer Zeit in der „Roten Fahne“ wieder einmal einen Aufruf. Der Aufruf fordert die Einheitsfront der Arbeiterschaft auf Grund eines Programms, das, unter Fortlassung der Sozialisierungsforderung, von den Mindestforderungen abgeschrieben ist, die dem bekannten Briefwechsel unserer Partei mit der S. P. D. zugrunde lagen.

Ueber den Zweck dieser Erscheinung sollten wir bald Klarheit erhalten. Die K. P. D. ersuchte unsere Parteileitung gestern um eine Ausrufung über die gegenwärtige politische Krise, und bei den Besprechungen einiger Genossen mit den Vertretern der Kommunisten stellte sich heraus, daß der Aufruf mit den abgeschriebenen Forderungen den Anfang zu einer großen „Aktion“ bilden sollte. Die Kommunisten regten an, die sozialistischen Parteien sollten unter Hinzuziehung der Gewerkschaften zur gemeinsamen parlamentarischen und außerparlamentarischen Aktion schreiten, um das Zustandekommen einer bürgerlichen Regierung zu verhindern. Das Ziel der Bewegung sollte die Bildung einer sozialistischen Regierung sein.

Auf die Frage unserer Genossen, ob die Kommunisten denn bereit wären, in eine solche sozialistische Regierung einzutreten, erklärten die Kommunisten, daß sie sich dazu nicht verpflichten könnten. Sie würden nach ihrem Plane von allen Parteien gemeinsam erkämpften sozialistischen Regierung gegenüber eine Haltung „wohlwollender Unterstützung“ einnehmen, wie gegenwärtig in Sachen und Thätigkeiten, aber sie würden sich nicht an der Regierung beteiligen.

Damit war die Politik der Kommunisten auch in diesem Falle in ihrer ganzen Lächerlichkeit entlarvt. Die Anfrage der K. P. D. war für unsere Vertreter damit erledigt. Sie erstatteten einer gemeinsamen Sitzung der Parteileitung und Reichstagsfraktion unserer Partei sofort Bericht, und die beiden Körperschaften billigten die Haltung unserer Vertreter.

Der Zweck der ganzen Uebung ist immer derselbe. Die politischen Bankrotteure in der K. P. D. wollen sich an die sozialistischen Parteien und Gewerkschaften heranmachen, um aus ihrer völligen Isolierung und Bedeutungslosigkeit herauszukommen.

## Die Leichenparade der Republik

Auf Befehl des Reichswehrministers wird an der Beerdigung des ehemaligen Königs von Bayern Ludwig Wittelsbach eine Ehrenkompagnie der Reichswehr teilnehmen. Außerdem ist sämtlichen Angehörigen der Wehrmacht die Beteiligung an der Beerdigung freigestellt. Da nach der Verordnung des Reichspräsidenten über das Tragen der Uniform durch die Anwesenheit der Reichswehr ohne weiteres auch den Offizieren des kaiserlichen Heeres das Tragen der Uniform erlaubt ist, werden selbstredend Ludendorff und der nunmehrige „König“ Rupprecht nebst ihren Anhang in Uniform erscheinen. Sollte die Polizeibehörde den Wunsch nach einer Absperrung durch Reichswehr äußern, so sind ihr auf Befehl des Reichswehrministers Soldaten zur Verfügung zu stellen. Man geht wohl nicht fehl, darin eine Empfehlung zum Spalterbilden zu sehen.

Am Ende wird bei diesem Begräbnis nicht der vormalige König, sondern die Republik zu Grabe getragen, und Herr Gehler fällt dabei die Rolle des Totengräbers zu. Der Befehl des Reichswehrministers in einem Lande, wo die Republik um ihren Bestand zu kämpfen hat, ist ein Skandal ohne Gleichen, der an Hochverrat grenzt.

## Die Schieber und die Eisenbahnen

Die kapitalistischen Schieber, deren Ziel es ist, die Reichseisenbahnen in ihre unengründlich tiefen Taschen zu stecken, lassen nicht ab von ihrem Opfer. Nachdem Herr von Breitenbach als starker Mann und reaktionärer Preisbozer führend vor die Front dieser Geschäftemacher getreten ist, geht die Maulwurfsarbeit der Ungenannten in der Presse ein. Schon unlängst machten verschiedene bürgerliche Zeitungen fast gleichlautend und zu gleicher Zeit der Eisenbahnverwaltung den Vorwurf, daß durch ihre Schuld die Kartoffelversorgung der südlichen Bevölkerung ungenügend sei. Jetzt veröffentlicht die „Vossische Zeitung“ einen neuen Artikel, den sie „Zusammenbruch des Verkehrsapparates“ überschreibt und der wiederum die Eisenbahnverwaltung mit den heftigsten Vorwürfen überhäuft.

Alle diese Presseäußerungen stammen offensichtlich aus einer Quelle. Dennoch würden wir kaum einen Grund haben, auf sie einzugehen oder gar schützend vor die Eisenbahnverwaltung zu treten. Auch wir kennen die Sünden dieses Systems, auch wir können uns eine bessere Organisation des Verkehrs sehr wohl denken. Aber die Absicht dieser Kritik der Presse ist zu offenkundig. Sie ist immer die gleiche und sie verfolgt den Zweck, die Staatsbahn als solche in Miskredit zu bringen und der Forderung nach der Umwandlung der Reichseisenbahn in eine Privatgesellschaft Popularität zu verschaffen.

Auch der Artikel der „Vossischen Zeitung“ ist ein Teil dieser Propaganda. Er spricht zunächst wieder von der Kartoffelbeschaffung, hebt jedoch hervor, daß die „Vossische Zeitung“ schon vor längerer Zeit Vorschläge zur Neugestaltung des Eisenbahnbetriebes gemacht habe, die indes damals keine Beachtung gefunden hätten, und fährt schließlich fort:

„Die dadurch bedingte Abneigung, einer neuen Lage mit neuen Gedanken und unter Ueberwindung früher für unüberwindlich gehaltenen Schwierigkeiten zu begegnen, ist den maßgebenden Persönlichkeiten im deutschen Wirtschaftsleben nicht entgangen. Sie hat dazu Veranlassung gegeben, gelegentlich der Erörterung der grundlegenden Angelegenheiten, die in der deutschen Wirtschaft zur Aufbringung der Reparationskosten vorgenommen werden müssen, auch den Uebergang der Reichsbahn an Privatgesellschaften als ein Mittel zu erwägen, eine rationelle Betriebsführung zu sichern.“

Die „Vossische Zeitung“ verläumt also nicht, die Frage des Ueberganges der Reichseisenbahnen an Privatgesellschaften wieder in den Vordergrund zu stellen. Das ist das Ziel der von so großer Begehrtheit erfüllten „führenden Persönlichkeiten im deutschen Wirtschaftsleben“.

Das Blatt führt noch eine große Zahl von Einzelfällen an, in denen die Eisenbahnverwaltung angeblich versagt habe. Der

auf schlechte Organisation zurückzuführende Wagenmangel mache sich überall bei der Lebensmittel- und Rohstoffversorgung hemmend geltend. Nur einen Grund für die starke Inanspruchnahme des Güterverkehrs vergißt das liberale Blatt. Es vergißt, daß gegenwärtig Industrie und Handel alle verfügbaren Produkte deutscher Arbeit im Eiltempo ins Ausland befördern, um von der gegenwärtigen Valutakonjunktur möglichst viel zu profitieren. Daß dieser von den deutschen Kapitalisten selbst inszenierte Ausverkauf gerade gegenwärtig die Güterverkehrsmittel außerordentlich stark in Anspruch nimmt, liegt klar auf der Hand. Wie wäre es, wenn die so sachkundige „Vossische Zeitung“ ein Mittel nennen würde, um diesem Treiben Einhalt zu tun? Vollends komisch aber ist es, wenn sich dieselben Kreise, die alle verfügbaren Güterwaggons in Anspruch nehmen, um die deutschen Waren ins Ausland zu befördern und den inneren Markt völlig von Waren zu entblößen, damit auch hier die Preise immer mehr ins Maßlose steigen — komisch ist es, wenn sich diese Kreise darüber beschweren, daß keine weiteren Güterwaggons zur Zuführung von Rohstoffen zur Verfügung stehen.

Immerhin wird sich die Eisenbahnverwaltung auch zu diesen Vorwürfen zu äußern haben.

## Eröffnung der internationalen Arbeitskonferenz

Genf, 25. Oktober.

Heute vormittag wurde in Genf die internationale Arbeitskonferenz eröffnet. Es waren ungefähr 400 Vertreter aus 40 Staaten der ganzen Welt anwesend. Präsident Fontaine-Franck beglückte die Versammlung und wies auf die Fortschritte, die in der internationalen Arbeitsgesetzgebung gemacht worden seien, hin. Er mahnte zur Vorsicht und warnte vor Ueberhäufung des Konferenzprogramms, betonte aber die allgemeine Anerkennung der Prinzipien des internationalen Arbeitstages. Der Schweizerische Bundespräsident Schulthess hob die wirtschaftlichen Schwierigkeiten hervor, deren Ursache der Krieg, nicht die soziale Gesetzgebung sei. Aber die wirtschaftliche Not dränge auf bescheidene Abwägung aller Maßnahmen, die die Entwicklung der Produktion betreffen. Namens der Stadt Genf beglückte Präsident Ginou die Konferenz.

Hierauf wurde bei der Präsidentenwahl einstimmig Lord Burnham-England gewählt, der in seiner Rede auf das Fehlen der Vereinigten Staaten im Arbeitsbunde hinwies und betonte, daß der Wiederaufbau der Welt nur durch gemeinsame Arbeit aller Nationen möglich sei.

## Die ewige Affentomödie

Es ist noch nicht vergessen, wie Jagow, der Kappist, den Reichsjustizminister und den Oberreichsanwalt in so ergötzlicher Weise nachführte, eine Manipulation, die ihm allerdings durch bereitwilliges Entgegenkommen der beiden Herren erleichtert wurde. Es gelang dem Jagow jedenfalls, seinen Hochverratsprozeß weiter und weiter hinauszuschieben. Inzwischen ist ein anderer Kappist, der gleichfalls nicht unbekanntes Schicksal gehabt worden, und schließlich hat man als dritten dieser Sorte Herrn von Wangenheim am Kragen.

Ausz: die schweißtreibenden Bemühungen des Gerichts in Leipzig um das Zustandekommen des Prozesses schienen endlich von Erfolg gekrönt zu sein. Der erste Prozeß sollte am Donnerstag beginnen. Blödsinnig kam die Nachricht, daß er abermals vertagt werden muß, weil vier andere Kappisten, nämlich Bauer, Pöhl, Ehrhardt und Schlichter, sich freiwillig stellen wollten. Darum, erklärte der Herr Oberreichsanwalt, sei es besser, man verlasse die Verhandlungen, warte die Gefestigung der vier mit der dem Reichsgericht in diesem Falle eigenen Bierruhe ab und mache dann, großzügig, wie man nun einmal ist, ein Aufwachen mit den Ketten.

Ueberrascht war von dieser Entscheidung des obersten öffentlichen Anklägers im Reiche des Reichs wohl niemand. Aber es wird auch keinen Bemühungen gegeben haben, dem die Begründung für diese geniale Handhabung der Dinge stichhaltig erschienen wäre. Aber nun plaudert die „Augsburger Abendzeitung“ gar folgendes aus:

„Das Wolffsbureau berichtet bekanntlich, daß mehrere im Ausland befindliche Teilnehmer am Kapp-Putsch sich bereit erklärt hätten, unter gewissen Garantien zur Verhandlung nach Leipzig zu kommen. Wie wir hierzu erfahren, haben die Betreffenden sich allerdings bereit erklärt, zur Verhandlung in Leipzig zu erscheinen. Diese Erklärung liegt aber schon ein halbes Jahr zurück und wurde damals von der Reichsregierung nicht beachtet und ist auch vom Oberreichsanwalt der Öffentlichkeit nicht mitgeteilt worden. Erst jetzt hat man dieses Angebot, das nicht erneuert wurde, hervorgeholt.“

Diese Aeußerung ist beachtenswert, weil des Augsburger Blatt über die Schritte der Kappisten bestimmt gut unterrichtet ist. Die vor einem halben Jahr abgegebene Erklärung gewinnt für den Reichsanwalt jetzt plötzlich Bedeutung, in dem Augenblick, wo er kurz vor dem Beginn der Gerichtsverhandlungen steht. Alles ist ihm also recht, um den Prozeß noch einmal v. schieben zu können, selbst ein längst verstaubter Brief der flüchtigen Kappisten. Es ist ganz offenbar: die Bemühungen der Herren sind darauf gerichtet, die gerichtliche Abrechnung mit den Hochverrätern solange zu verschieben, bis eine ihnen günstigere politische Luft weht und eine Niedererschlagung des Verfahrens möglich ist. Der Anglistenwurm von einem Justizminister wird sich dazu zu äußern haben.

## Ein Hinterfrontkämpfer

Prinz Eitel Friedrich ist ein beliebtes Jugbild monarchistischer Paraden geworden. Er verdient es auch. Wir wir der „Welt am Montag“ einnehmen, wird in einem rheinischen Arbeiterblatt aus dem Heldenleben dieses Prinzen folgende Etappengeschichte erzählt von einem, der dabei war:

Templeuve-la-Fosse war mit Truppen stark überfüllt. Es hatte nicht die Annehmlichkeiten, die man sonst in den Stabsquartieren der Division vorfindet. In diesem Falle wäre es nicht angebracht gewesen, zu sagen: Er lebte wie ein Divisionskommandeur in Frankreich.

Die feindliche und die deutsche Artillerie trommelte unaufhörlich auf die schon ganz eingeebneten Gräben. Das in der Gegend nördlich Peronne häufig anzutreffende wellige Gelände schwächte den Schall der furchtbaren Muffel ab, doch war sie in dem etwa zehn Kilometer hinter der Front gelegenen Orte noch ganz deutlich zu hören. Die südlich von Templeuve-la-Fosse, also der Front gegenüber, gelegene Gegend wurde ab und zu von der feindlichen Artillerie abgestreift. Eine eigentliche Beschichtung von Templeuve-la-Fosse fand damals nicht statt. Über nichts kamen einige Granaten. Ob verirrte oder gezielte, kann ich nicht sagen.

Da nahm der Stab der 1. Königlich Preussischen Garde-Reserve-Division Reichs aus.

Ohne den Gruppenkommandeur verständigt zu haben.

Ohne dessen Erlaubnis zum Quartierwechsel zu besitzen.

Er begab sich nach Havincourt, das etwa 8 bis 10 Kilometer rückwärts von St. Emille, dem Quartier des Gruppen-Generalkommandos, gelegen war. Am frühen Morgen war bei der Gruppe Nord der Armee Below und dem nächstliegenderen vollzogenen Quartierwechsel des Stabes der 1. G. R. D. noch nichts bekannt.

Aber am Nachmittag erschien ein Gruppenbefehl: Die 1. G. R. D. verlegte heute nacht auf meinen Befehl das Div.-Stabs-Quartier von Templeuve-la-Fosse nach Havincourt, bei von Hasbender.

Der kommandierende General des 1. Panzerischen Reserve-Korps, Erzherzog Karl Ritter von Hasbender, dachte das — wenig tapferer Verhalten des Stabes der 1. Garde-Reserve-Division.

Der Kommandeur dieser Division war Seine Königliche Hoheit Prinz Eitel Friedrich von Preußen.

Havincourt war etwa 25-Kilometer hinter der Front; daher der Name Frontkämpfer.

Bald danach wurde die Division aus der Front herausgezogen, und der „dicke Eitel“ konnte wieder ganze Regimenter Parade-marsch kloppen lassen, falls sich wieder einmal so ein gemeiner Kerl hinterstanden haben sollte, Seine Königliche Hoheit nicht zu kennen.

Ich glaube, einer der Kriegskartell der ehemaligen preussischen Armee lautet: „Wer vor dem Feinde seinen Posten verläßt... usw.“

Frage: Ob den königlichen Prinzen auch einmal die Kriegskartell vorgelesen wurden?

## Deutschland und Frankreich

### Fortsetzung der französischen Kammerdebatte

Paris, 25. Oktober.

In der heutigen Nachmittags-Sitzung der Kammer wurde die Freitag abgebrochene Debatte über die allgemeine Politik der Regierung fortgesetzt. Das Wort nimmt der Kommunist Marcel Cachin. Er bepricht die auswärtige Politik der Regierung und fragt, ob die von Minister Loucheur in Wiesbaden begonnene Politik die Politik der Regierung gegenüber dem neuen Deutschland sei.

Bréand unterbricht: Das wird von Deutschland abhängen (sehr richtig!), wenn Deutschland sich von der Regierung führen läßt, die ihre Verpflichtungen erfüllt, werden wir keinen Grund haben, zu Drohungen und zu Gewalt unsere Zuflucht zu nehmen, aber wenn Deutschland durch eine zu beschleunigte Schwankung sich auf neue dem Imperialismus in die Arme wirft, wenn es sich weigert, seine Verpflichtungen zu halten, und uns mit Koalition bedroht, dann ist es natürlich, daß die Haltung der französischen Regierung geändert wird. (Lebhafte Beifall.)

Cachin fährt fort, indem er den Marasmus der reichlichen Nationen der industriellen Tätigkeit Deutschlands gegenüberstellt, welche in den Fabriken von Krupp landwirtschaftliche Maschinen und elektrische Apparate fabriziert wurden. Die Abkommen von Wiesbaden könnten, wenn sie die deutsche und französische Industrie zusammenbrächten, die wirtschaftliche Lage Frankreichs wieder hochbringen, aber schon hätten die französischen Unternehmer begonnen, eine scharfe Campagne gegen diese Politik von Loucheur zu führen. Cachin verbreitert sich dann weiter über die gefährliche finanzielle Lage in Deutschland sowie über die Konferenz in Washington.

Nach Cachin spricht der Kommunist Lafont über die Hilfe für das verhungerte Rußland.

## Schutz der Republik Oesterreich

Wien, 25. Oktober.

Der Nationalrat behandelte in seiner heutigen Sitzung eine dringliche sozialdemokratische Anfrage, worin die Regierung gefragt wird, was sie zu tun gedenke, um die Rechte und Interessen der Republik Oesterreich angesichts der durch den Putsch Karls von Habsburg herbeigeführten mitteleuropäischen Krise zu wahren.

Bundeskanzler Schönerer stellte fest, daß er sofort, nachdem er von dem Eintreffen des früheren Kaisers in Debenburg durch den englischen Gesandten Reunius erhalten, alle jene Vorkehrungen in umfassender Weise getroffen habe, die ihm geeignet schienen, um den Bestand der Republik vor jeder Gefahr zu bewahren, jede Störung der Ruhe und Ordnung hintanzubehalten und die Grenzen zu sichern. Er habe mit den Parteiführern die angeordneten Maßnahmen erörtert, und er dürfe mit Gewissung konstatieren, daß er das Empfinden hatte, die Parteiführer seien von der Ratschheit des Handelns der Regierung befriedigt.

## Vorläufige Internierung Karls

Budapest, 25. Oktober.

Das Ergebnis der gestrigen Beratung der Vertreter der großen Entente mit der ungarischen Regierung besteht in dem Beschluß, König Karl vorläufig im Kloster Tibany am Plattensee zu internieren. Da er sich bedingungslos ergeben hat, können die sieben Bedingungen, die ihm von der ungarischen Regierung gestellt worden waren, als angenommen gelten.

## Die Schweiz macht Schluss

Genf, 24. Oktober.

Der Bundesrat hat heute beschlossen, die ganze Familie Habsburg und ihr Gefolge auszuweisen mit der Ausnahme der Personen, die zur Pflege der Kinder, die in der Schweiz zurückbleiben, durchaus notwendig sind. Voraussetzungen sind auch eine Dame der Familie in der Schweiz bleiben können. Die Liste der ausgewiesenen Personen wird morgen bekanntgegeben. In Betracht kommen u. a.: Herzog Max, Bischof Dr. Seidl, Oberst-Kammerherr Bedoschowsky, Flügeladjutant von Sonntag, Hauptmann von Bergmann und Frau, Generaldirektor von Steiner.

Wie die „Dona“ aus Wien erfährt, wird jetzt bekannt, daß Karl vor seiner Abreise aus der Schweiz ein Schreiben an den Bundesrat geschrieben hat, in dem er diesen bittet, sich seiner Kinder anzunehmen. Er glaube nicht, daß er im Falle einer Niederlage am Leben bleiben werde.

Zur Hausführung bei den Kommunisten wird von zuständiger Stelle mitgeteilt: Beamte der Abteilung In des Berliner Volkstagspräsidenten nahmen auf Grund richterlichen Erlasses am Dienstag nachmittag eine Durchsuchung in der Zentrale der Kommunistischen Partei, Rosenthaler Straße 38 zu Berlin, vor. Der am Schluß der Durchsuchung erscheinende kommunistische Reichstags- abgeordnete Braß tritt einen der Polizeibeamten an, indem er ihm ein beschlagnahmtes Aktenstück zu entreißen suchte. Braß wird sich wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt strafrechtlich zu verantworten haben.

Zeitungsverbote im besetzten Gebiet. Die „Pfälzer Zeitung“ und das „Rheinische Volksblatt“ in Speyer sind durch die französischen Behörden auf drei Tage verboten worden.

# Der französische Textilarbeiterstreik

## Abchluss des Kampfes — Erfolg der Streikenden

Paris, 25. Oktober.

Der Streik der Textilarbeiter in Lille ist gestern abend zu Ende gegangen. Davor herrschte, der Unternehmerverband habe im wesentlichen folgende Bedingungen angenommen: Die Arbeiter nehmen mit einer zeitweisen Herabsetzung des Stundenlohnes von 15 Centimes die Arbeit wieder auf. Diese Herabsetzung bleibt in Kraft, solange der Teuerungskoeffizient unter 350 liegt. Wenn der Koeffizient diese Ziffer übersteigt, so soll der Stundenlohn wieder erhöht werden. Die seit zwölf Wochen ausständigen Bauarbeiter von Tourcoing haben die Arbeit wieder aufgenommen, auf Grund einer Urmahung, nach der bis zu einer neuen Regelung die Zulöhne in Kraft bleiben.

Damit ist ein Riesenkampf beendet. Die französischen Textilarbeiter haben unter außerordentlich schweren Bedingungen sechs Wochen im Streik gestanden, und ihr ungewöhnlicher Opfermut ist nicht ganz ohne Erfolg geblieben. Es wäre verfehlt, mit großen Worten von einem Sieg zu reden, aber es ist doch von Bedeutung, daß die Unternehmer die Löhne nicht um 20 Prozent herabsetzen werden, wie ihre Absicht war, sondern nur um 15 Prozent. Wichtiger noch ist das Zugeständnis, daß diese Vohaminderung als eine zeitweise bezeichnet wird und daß eine Erholung der Löhne eintreten muß, wenn die Indeziffern eine Steigerung der Lebenshaltungskosten anzeigen. Damit ist zugleich ein Prinzip verwirklicht, mit dem allerdings die Unternehmer bei fallenden Lebenshaltungskosten künftige Lohnminderungen ebensowohl begründen können, wie die Arbeiter künftige Forderungen bei neuen Preissteigerungen. Aber auch das ist wichtig, zumal gerade in Frankreich derartige, in das Gebiet des Tarifwesens fallende Abkommen weit seltener und weniger vollkommen entwickelt sind, als in Deutschland.

Die stark syndikalistisch orientierte Gewerkschaftsbewegung Frankreichs hat somit einen neuen Fall „reformistischer“ Gewerkschaftstaktik nach deutscher Art erlebt. Und darin scheint das Geheimnis des Erfolges zu liegen.

Der große Streik im Industriegebiet von Lille, einem der wenigen und, an deutschen Verhältnissen gemessen, nicht sehr bedeutenden industriellen Zentren Frankreichs, hat eine wechselvolle Entwicklung durchgemacht. Als die Textilarbeiter, die in diesem Gebiet sehr zahlreich sind, bald nach dem Ausbruch ihres Streiks in der zweiten Septemberwoche auf den heftigen Widerstand der Unternehmer stießen, da flammten im ganzen Gebiet zahlreiche Solidaritätsstreiks auf. Die Bewegung erhielt auf solche Art zunächst ein sehr syndikalistisches Gepräge, das leider auch darin zum Ausdruck kam, daß die Arbeitergruppen, die aus Solidarität mit den Textilarbeitern in den Streik traten, ihre Sympathiebewegungen sehr schnell wieder abbrachen. Einmal, weil Staat und Unternehmer sofort zur Abwehr und Generalabrechnung rüsteten, zweitens, weil die lockere Form der syndikalistischen Organisationen den Anprall nicht aushielten, und schließlich, weil der kommunistische Spaltspitz den französischen Gewerkschaften am Mark frist. Während anfangs die Lichtversorgung stockte, die Metallbetriebe ruhten, trat nach kurzer Zeit Ruhe ein. Die Solidaritätswelle ging zurück, die Textilarbeiter standen allein.

Von diesem Zeitpunkt ab gewann die Bewegung die innere Kraft, die durch äußeren Lärm nicht einmal vorüberwiegend, geschweige denn wirklich erlangt werden kann. Geschlossen und wohl diszipliniert blieben die Textilarbeiter im Streik. Ihre Organisation bemühte sich, ständige Fühlung mit dem Gegner zu halten, die Bewegung nie auf den toten Punkt geraten zu lassen und immerfort zu verhandeln. Alles echt „reformistisch“.

Das war möglich, weil die Textilarbeiter im Gebiet von Lille in geschlossenen Massen sitzen und weil ihre Organisation daher längst einen strenger zentralistischen Charakter trägt, als die Gewerkschaften jener Produktionszweige in Frankreich, in denen — neben der syndikalistischen Tradition, die in Frankreich historisch wohl zu verstehen ist — der Kleinbetrieb noch immer eine bedeutende Rolle spielt. Hier waren alle Voraussetzungen für den modernen Gewerkschaftskampf gegeben. Sie sind mit Zähigkeit und Geschick angewendet worden und haben immerhin einen beachtenswerten Abwehreffolg erzielt, der auch nicht ohne günstige Wirkung für die Zukunft bleiben wird.

# Internationale Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien

Das Exekutivkomitee der I. S. P. trat am 17. Oktober 1921 in London im Bureau des Sekretariats der Unabhängigen Arbeiterpartei England (I. L. P.) zusammen. Anwesend waren die Bureaumitglieder Adler (Wien), Grimm (Bern), Ledebour (Berlin), Longuet (Paris), Wallhead (Manchester); außerdem die Exekutivmitglieder Braude (Paris), Kaplanoff (London für die Poale Zion) und Shinwell (Glasgow).

Die Beratung war in erster Linie zur Behandlung organisatorischer Fragen einberufen, trat jedoch zunächst in eine eingehende Diskussion der aktuellen politischen Probleme, insbesondere

## Oberösterreichs und des Burgenlandes,

ein. Nach ausführlicher Darstellung der Konflikte durch Ledebour und Adler sprachen in der Diskussion vor allem die Vertreter Frankreichs und Englands den Wunsch aus, fortdauernd über diese Fragen unterrichtet zu bleiben, damit den sozialistischen Parliamentsfraktionen in den Entente-Ländern die Fortsetzung eines wirksamen Kampfes gegen die Imperialisten im eigenen Lande, die sich als unfähig erwiesen haben, auch nur das von ihnen oktroyierte Friedensdiplom durchzuführen, ermöglicht werde. Die Konferenz billigte einstimmig die Haltung der angeschlossenen Parteien in Deutschland und Oesterreich und forderte sie auf, den Kampf gegen die reaktionären Gefahren im Interesse des gesamten Weltproletariats unermüdet und energisch weiterzuführen.

Das Exekutivkomitee nahm den Bericht über die in den einzelnen Ländern eingeleiteten Schritte für die

## Hilfsaktion zugunsten des hungernden Rußland

entgegen, konstatierte mit Befriedigung, daß die der I. S. P. angeschlossenen Parteien in allen Ländern ihre ganze Kraft im Dienste dieser Aktion einbringen und in vielen Ländern ein über alles Erwartetes großes Erfolg erzielt haben. Die Konferenz betont es, daß durch den Versuch der Ausnutzung der Hilfsaktion zu bolschewistischen Parteizwecken es leider unmöglich wurde, eine vollständige Vereinhaltung der Sammlungen auf internationaler Basis herbeizuführen. Die Konferenz stimmte einstimmig dem vom Sekretariat angelegten Vorschlag bei, die Sammlungen der I. S. P. angeschlossenen Parteien mit den Sammlungen des internationalen Gewerkschaftsbundes (Amsterdam) zu vereinigen und erwartet, daß der internationale Gewerkschaftsbund die Methoden finden werde, um die von dem europäischen Prole-

tarlat gesammelten Gelder vor allem den hungernden Proletariern Rußlands ohne Unterschied der Richtung zukommen zu lassen.

Das Exekutivkomitee nahm einen schriftlichen Bericht des Auslandskomitees der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands über die Notlage der in den Gefängnissen Rußlands inhaftierten Sozialisten entgegen. Es sind gegenwärtig etwa 1000 Genosseninnen und Genossen in Gefangenschaft, deren Notlage sehr, wo der Winter heranrückt, geradezu grauam erscheint. Das Exekutivkomitee beschloß, auf die Beiträge der angeschlossenen Parteien aus Rußland vorläufig zu verzichten, um diese Summen der Unterstützung der inhaftierten Genossen zuzuführen und fordert ferner alle angeschlossenen Parteien auf, nach better Möglichkeit zu dieser Unterstützungsaktion Beiträge zu leisten, die durch Vermittlung des Sekretariats der I. S. P. weitergeleitet werden können.

## Gegen die amerikanische Rachejustiz.

Das Exekutivkomitee beschloß gegenüber der sozialistischen Rachejustiz in Amerika, wie sie insbesondere in der schmählichen, jedem Rechtsbewußten Hohn sprechenden Beurteilung der Anarchisten Sacco und Vanzetti neuerlich drastischen Ausdruck gefunden hat, seinen Protest mit den Protesten aller übrigen proletarischen Organisations zu vereinigen.

Der Bericht über die Beziehungen mit der englischen Arbeiterpartei folgt in einer der nächsten Nummern.

# Die Putschgefahr in Bayern

## Bayern und der Habsburger Monarchistenputsch

Aus München wird uns geschrieben:

Den bayerischen Monarchisten kam der Putsch des Erzherzogs Karl und seiner Zita nicht ganz so unerwartet und überraschend, wie sie in der Öffentlichkeit gerne glauben machen wollen. Schon vor geraumer Zeit war der ehemalige österreichische Außenminister Berchtold als Beauftragter der Habsburger in München und hat mit Prinz Leopold von Bayern verhandelt. Die Habsburger wollten von den Wittelsbachiern eine Zusicherung, daß sie sich damit abfinden, wenn Karl den ungarischen Thron besteigt und eventuell im Anschluß daran sich zum Herrscher einer Donau-Österreich ausruhen läßt. Prinz Leopold, der bekannte „Eroberer von Warschau“ und Onkel des bayerischen Kronprinzen Rupprecht und Onkel des Wittelsbacher, gab dem Beauftragten des Habsburgers aber keine befriedigende Antwort, und in München wußte man seitdem, daß Karl in der nächsten Zeit neuerdings einen Putsch unternehmen werde. Seit dem Besuch Berchtolds bei Prinz Leopold datieren die ununterbrochenen Bemühungen der bayerischen Monarchisten, den Kronprinzen Rupprecht populär zu machen.

Die bis in die Knochen deutschnationale und monarchistische „München-Augsburger Abendzeitung“ hat am 8. Oktober von ihrem Wissen etwas ausgeplaudert und bekam deshalb in der Redaktionstube Vorwürfe gemacht. Das Blatt verrät nämlich bereits am 8. Oktober, daß man die Rückkehr Karls in wenigen Wochen voraussetzen könne! Die bayerischen Deutschnationalen bekämpfen aber die Person Karls, weil sie in ihm eine Schachfigur französischer Politik sehen. Ausdrücklich aber betonen sie, daß ein rückwärtsloser Kampf gegen Karl „noch lange nicht der Habsburger Monarchie gelte“. Aber die bayerische Gegnerschaft gegen Karl ist nicht nur gegründet auf dessen angebliche Abhängigkeit von Frankreich — die wir hier nicht unteruchen wollen. Die „München-Augsburger Abendzeitung“ hat auch über diesen Punkt in ihrem Leitartikel vom 8. Oktober mehr ausgeplaudert, als ihr heute angenehm sein mag. Sie polemisiert gegen das Wiener „Neue Reich“ (ein Blatt der Karlisten), das sich gegen das protestantische Preußen wendet und die Rückkehr Karls auf den Thron einer katholischen Donau-Österreich propagiert. In diesem Zusammenhang wird bemerkt, daß es keineswegs sicher sei, daß Bayern seine eigene katholische Dynastie belassen werden soll; man könnte ja vielleicht Bayern auch noch in die große Donau-Österreich einbeziehen! Hier ist des Pabels Kern! Die bayerischen Monarchisten wollen den Thron einer allensässigen katholischen Donau-Österreich (München-Wien-Budapest) für die Wittelsbacher reklamieren! Und Rupprecht ist ihr Kandidat. Sie scheinen sich auch schon mit den Hohenzollern verständigt zu haben, denn dem „Neuen Reich“ wird von dem Münchener Blatt auf die Angriffe gegen das protestantische Preußen erwidert: „Wir wollen davor warnen, daß es gute Protestanten und Preußen gibt, welche die Wiederkehr der katholischen Wittelsbacher um des monarchistischen Grundes willen begrüßen würden, auch wenn der Hohenzollern-Kronprinz noch nicht auf den preussischen Thron zurückgekehrt ist. Hier denkt man eben nicht „konfessionell“, wie in den Wiener schwarz-gelben Kreisen, sondern politisch.“ Der Anspruch der Wittelsbacher auf den Thron der Donau-Österreich wird damit begründet, daß die Rückkehr Karls auf diesen Thron die „beste Abgrenzung Deutschlands unter französischem Druck“ bedeute, während die Wittelsbacher als Herrscher über eine Donau-Österreich „deutsche Fürsten sein möchten und nicht Plaghalter französischer Herrschaftsansprüche.“ Damit ist die bayerische Parole für die nächsten Tage und Wochen ausgegeben: „Nieder mit den Franzosenreudenden Habsburgern! Es lebe der deutsche König Rupprecht!“ Mit dieser Parole hofft man in Bayern die monarchistische Agitation soweit treiben zu können, daß der Wittelsbacher Rupprecht als Karls Gegenkandidat für die Donau-Österreich auftreten kann. Zu diesem Zweck hat man auch bereits mit antihabsburgischen Kreisen in Tirol Fühlung genommen und als erste Aktion der bayerischen Monarchisten im Falle eines Einzugs Karls in Wien ist die Lösung Tirols von Oesterreich und sein Anschluß an Bayern geplant!

Man will in München keine Zeit verlieren, und die aktivsten Elemente, die im Freikorps „Oberland“, in der Marinbrigade Ehrhardt und in der antisemitischen Nationalsozialistischen Partei, sowie in einer Reihe von Geheimorganisationen ehemaliger Offiziere und Studenten vereinigt sind, drängen darauf, rasch zu handeln, um dem Habsburger keinen allzugroßen Vorsprung zu lassen. Die Beisehungsfeste des verstorbenen bayerischen Königs Ludwigs III. soll als Kulstakt benutzt werden. Es finden ständig Beratungen innerhalb der einzelnen Bünde und der verschiedenen Bünde miteinander statt, die darauf hindeuten, daß man in Bayern die Zeit für gekommen erachtet, den Kronprinzen Rupprecht zum König auszurufen. Inwieweit politische Parteien offiziell diese Bestrebungen unterstützen, läßt sich heute mit Gewißheit noch nicht sagen. Aber es steht fest, daß die geheimen Putschorganisationen mit großem Eifer an der Arbeit sind und daß ihnen auch genügend leichte und schwere Waffen zur Verfügung stehen, die sie in geheimen Lagern aufbewahren. Die bayerische Reichswehr ist unter dem Kommando des Generals Epp unbedingt zuverlässig — für die Monarchisten. Der neue Münchener Polizeipräsident ist ebenfalls erklärter Monarchist, so daß von dieser Seite keine Schwierigkeiten gemacht werden würden. In der bayerischen Presse wird die Möglichkeit einer monarchistischen Aktion in München nach von keiner Seite erörtert, aber in den Redaktionsstuben ist man unterrichtet über das, was unter der Decke vor sich geht. Neugierig bietet München noch ein ruhiges Bild. Es ist die Ruhe vor dem Sturm.

# Jahresversammlung der Berliner Gewerkschaftskommission

In der Plenarversammlung der Berliner Gewerkschaftskommission am Montag gab Genosse Sabath für den Ausschuh den Tätigkeitsbericht ab April dieses Jahres. In 40 zentralen Ausschüssen der Stadt Berlin sind die Gewerkschaften vertreten, daneben werden noch Vertretungen in den Verwaltungsbezirken gefordert. Im Falle der Erziehung Solls wurden die Vertretungen des Polizeipräsidenten nicht eingelöst. Von untergeordneten Instanzen wurde die Untersuchung der eingeleiteten Kommission beratend erschwert, daß sie die ihr gestellten Aufgaben nicht erfüllen konnte, so daß sich die Kommission gezwungen sah, ihre Mandate niederzulegen. In der Frage der Organfallen und Gefassung der Betriebsräte siegte die Auffassung, daß die Betriebsräte von den Gewerkschaften zu ernennen seien. Beide Instanzen müssen sich gegenseitig befruchten und ergänzen im Interesse einer erfolgreichen Arbeit. Betriebsratschulen haben die Schulung der Betriebsräte, auf die außerordentlich Wert gelegt wird, übernommen. Neben der Betriebsratschule wurde eine

## Gewerkschaftsschule

geschaffen, über deren Aufgaben wir bereits ausführlich berichteten. Bei der Erhöhung der Fahrpreise für Stadt- und Vorortbahnen wurde erzielt, daß die Wochenkarten nur den vierten Teil (früher dritten Teil) des Monatsabonnements kosten.

Bei Streiks, Lohnbewegungen und Vermittlungsaktionen bei Konflikten hat der Ausschuh kein hilfreiches Hand gezeigt. Der Ausschuh mußte sich des Älteren mit Grenzkreistätigkeiten zwischen einzelnen Gewerkschaften befassen. In der Frage der Organisation der Straßenbahner beschloß der Ausschuh, daß die Straßenbahner unbestritten in das Agitations- und Organisationsgebiet der Transportarbeiter gehören.

Bei dem Kampf um Oberschleffen lehnte der Ausschuh Kundgebungen in Gemeinschaft mit nationalistischen Elementen ab. Die Gewerkschaften beteiligten sich jedoch bei der Demonstration anlässlich der Gemeindung von Saccis um.

## Vinderung der Not in Rußland

wurde von den Gewerkschaften eine Hilfsaktion eingeleitet. Bis jetzt sind über anderthalb Millionen Mark aufgebracht worden. Im Interesse der Opfer von Oppau ging an die Organisationen ein Rundschreiben, in dem von den einzelnen Organisationen verlangt wird, je nach der finanziellen Stärke der Organisation Geldmittel flüssig zu machen. Die Organisation der Laubstücken, die sehr rege arbeitet, erhält monatlich einen Zuschuh von 2000 M. Daneben erhält sie noch Zuschüsse von einzelnen Organisationen.

Mit den Entwürfen einer Schlichtungsordnung, des Arbeitsgesetzes, des Arbeitslosenversicherungsgesetzes um, mußte sich der Ausschuh wiederholt befassen. Als wegen Mangel an Geldmitteln die Heilkhätten der Landesversicherungsanstalten in Gefahr kamen, eingeleitet, wurde bei der Reichsregierung die Schaffung eines Notgesetzes zur Sicherstellung der notwendigen Mittel gefordert. In allen seinen Phasen kümmerte sich der Ausschuh um den paritätischen Arbeitsnachweis und um das Berufsamt Berlin. Der Ausschuh hat sein möglichstes getan bei der Beschaffung von Arbeitsmöglichkeiten für die Erwerbslosen. Nur in Berlin wurden keine Erfolge erzielt. Die Arbeitslosenvertreter in den Hilfsstellen müssen Organe der Gewerkschaften sein und bleiben. Am 2. Oktober und 1. November findet in Berlin eine Arbeitslosenräumung statt, die vom statistischen Amt der Stadt Berlin gemeinschaftlich mit den Gewerkschaften vorgenommen werden soll. Im Interesse der Arbeiterchaft wird auch sonst mit dem statistischen Amt zusammengearbeitet.

Die gewerkschaftlich organisierte Jugend muß erfasst werden und zu diesem Zwecke wurde das Jugendortell geschaffen, das im Interesse der Schulung und Bildung der Jugend nach jeder Richtung hin ausgebaut werden soll. Ueber die Zentralisation der Gewerkschaftsbibliotheken wird im nächsten Monat eine Versammlung endgültig entscheiden. Zur

## Bekämpfung des Lebensmittelwunders

richtete der Ausschuh an die zuständigen Ministerien Eingaben, damit den Mischern endgültig das Handwerk gelegt werden soll. An das Preussische Handelsministerium und die Landesauftragsstelle wurden ebenfalls Eingaben gerichtet zum Zwecke der Förderung des Wiederaufbaus in den vom Kriege zerstörten Gebieten. Die Gewerkschaften müssen verlangen, daß ihnen rechtzeitig mitgeteilt wird, zu welchem Zeitpunkt ihre Vertreter ihre Posten anzutreten haben. Am 12. und 13. November findet die zweite Konferenz der Deutschausschüsse der Provinz Brandenburg statt und zwar gemeinsam mit den Ortsstellen des A. L. Bundes. Diese Deutschausschüsse müssen zu gemeinsamer Arbeit zusammengefaßt werden, zwecks gegenseitiger Anregung und Durchführung geforderter Beschlüsse. Mit den Beigeordneten beim Polizeipräsidenten wurde in dem Berichtsabschnitt gut zusammengearbeitet.

Nachdem sich Burd, Orthmann und Sabath in der Hauptsache zum Kampf im Galmetriegebe geäußert hatten, worüber wir schon berichteten, referierte Lohmeier über die

## Volksfürsorge.

In eindringlicher Weise verlangte er im Interesse der Arbeiterchaft selbst, daß seitens der Gewerkschaftsfunktionäre bei jeder Gelegenheit die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter aufgefordert werden, sich und ihre Angehörigen nicht bei kapitalistischen Unternehmungen, sondern bei der Volksfürsorge zu verschern.

Galas von der Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Arbeiterverbandes orientierte die Versammlung über die im Musikgewerbe herrschende

## Schmutzkonzern der Militär-, Beamten- und Arbeitermutter.

Einstimmig beschloß die Plenarversammlung im Interesse der Befreiung der unwürdigen und beschämenden Zustände eine entsprechende Entscheidung.

# Der deutsche Beamtenbund zur Teuerung

Vom Zeitungsdienst des Deutschen Beamtenbundes wird uns geschrieben:

Im Anschluß an die von der Leitung des Deutschen Beamtenbundes bereits vor geraumer Zeit wieder ausgenommene Fortführung der Teuerungssaktion sind in Besprechungen mit dem Reichsfinanzministerium auch jetzt wieder dringliche Vorstellungen erhoben worden wegen der unverzüglichen Inangriffnahme der sogenannten zweiten Etappe der Teuerungssaktion für die Beamtenbünde. Sollten die vom Deutschen Beamtenbunde zu fordernden grundsätzlichen Maßnahmen (namhafte Erhöhung der Grundgehälter, Verringerung der Dienstklassenpannung, Existenzsicherung für die geringbesoldeten Gruppen) sich weiter hinauszögern, so müßte für die Beamtenchaft, deren Lebensmöglichkeit durch die außerordentliche Teuerungswelle aufs äußerste gefährdet wird, die Anwendung anderweitiger Hilfsmittel in Anspruch genommen werden. Die endgültige Klärung dieser Fragen ist durch die für die nächsten Tage in Aussicht genommenen Verhandlungen zu erwarten.

Stinnes kauft schwedische Dampfer. Die Aktiengesellschaft Hugo Stinnes für Seeschifffahrt und Ueberseehandel in Hamburg hat folgende sieben Dampfer der Reederei Nordstern in Stockholm angekauft: „Annie und Axel Johnson“, „Drottning Sofia“, „Osar“, „Fredrik“, „Prinzessin Ingeborg“, „Kronprinz Gustav“ und „Kronprinzessin Viktoria“.

Bertrag eines argentinischen Politikers. Am Mittwoch abend um 8 Uhr wird in der kleinen Aula der Berliner Universität der bekannte argentinische Politiker Dr. Duhaurte über das Thema: „Der Kampf der Völkerwelt“ sprechen. Als Vertreter der Universität Berlin wird ihn Rektor Prof. Dr. Kernst. als Vertreter des spanisch-amerikanischen Abendlums, das mit dieser Veranstaltung zum ersten Mal an die Öffentlichkeit tritt, Herr Konjul Candioti das Wort ergreifen.



An die Bürgerschaft Berlins!

Seit Wochen wird Berlin vom Streik der Gasthausangestellten heimgeschickt. Trotz der Aufklärungen, die seitens der Streikenden veröffentlicht worden sind, herrschen im Publikum völlig irrige Ansichten über die Beweggründe dieses Ausstandes...

Als seinerzeit das alte System, welches die Kellner als Angestellte niederen Ranges auf die Almosen der Gäste verwies, nach langen Kämpfen gebrochen wurde, hat alle Welt diesen Fortschritt mit Freuden begrüßt. Wohl niemals ist es einem sozial denkenden Menschen in den Sinn gekommen, daß reaktionäre Elemente daran denken konnten, diesen Fortschritt wieder zu befechtigen...

Im Namen vieler tausend Bürger der Stadt Berlin ergreifen wir Partei für die Angestellten des Gasthausgewerbes und richten an die Arbeitgeber den dringenden Appell: „Gebt nach und macht dem traurigen Zwist ein Ende!“

Wärrer Bleier-Charlottenburg; Konrad Bothmer-Berlin; Paul Gutman, Schriftsteller, Berlin; Dr. Arnold Kalisch-Berlin; Hl. Hptal-Berlin; Heinrich Ströbel, Schriftsteller, Steglitz; Redakteur Veiter-Berlin; Dr. Walter Biehler, Bruno-Lichterfelde; Westphal, Geschäftsführer, Friedenau; Bruno Marx-Berlin; Dr. P. Firman-Berlin.

Krankenkassen, Ärzte und Familienversicherung

Der von uns in Nr. 455 veröffentlichte Artikel des Genossen Schulze „Ärztliche Sabotage der Familienversicherung“ hat uns eine ganze Reihe Zuschriften aus unserm Leserkreise eingebracht, die sich zum größten Teil zu den in dem Artikel gemachten Ausführungen zustimmend äußerten. Nur in wenigen Zuschriften wurde eine abweichende Meinung geäußert...

Nachdem wir aber den Standpunkt der Krankenkassen ausführlich dargelegt haben, wollen wir vor Abschluß der öffentlichen Diskussion auch einem Vertreter der Ärzte das Wort geben. Dazu entnehmen wir einer Zuschrift des als Arzt praktizierenden Genossen Dr. Grumach folgendes:

Bei der vor einigen Wochen stattgefundenen Verhandlung der Krankenkassen und Ärzte ist eine Bezahlung nach Einzellieferungen von den Ärzten nicht verlangt worden. Dagegen wurde anfangs ein fester Satz für Vierteljahrsbehandlung und, nach Ablehnung durch den Vertreter der Ärzte, ein solcher für Monatsbehandlung angeboten. Der Vertreter der Ärzte erklärte, daß für die Bestimmung eines solchen Satzes tatsächliche Unterlagen nicht vorhanden sind, man habe diesen Satz berechnet auf Grund wahrscheinlicher Inanspruchnahme und der Höhe, wie sie in den in Betracht kommenden Kreisen tatsächlich gezahlt werden, nämlich 12 M. für die Konsultation und 20 M. für den Besuch. Gleichzeitig waren die Ärzte bereit, auf diese Höhe der Kassen gleichzeitige von 25 Prozent zu bewilligen, so daß 9 resp. 15 M. der Berechnung zugrunde gelegt werden sollten.

In einer Resolution der Ärzte, in der sie sich für die Familienversicherung der Krankenkassenmitglieder ausgesprochen haben, ist von diesen zwar freie Arztwahl und angemessene Bezahlung verlangt worden, aber nicht die unbedingte Bezahlung der Arzenei und Krankenhauskosten. Die Kassen wurden lediglich darauf aufmerksam gemacht, daß ohne freie Arzenei und Bezahlung der Krankenhauskosten eine Erfolg versprechende Behandlung nicht gewährleistet sei.

Die von dem Vertreter der Krankenkassen angegebenen hohen Arzteinkommen von 100 000 oder sogar 200 000 M. sind Ausnahmen, die nur von einzelnen Ärzten erreicht werden und auch von diesen nur unter Beihilfe von Assistenten und sonstigen Hilfskräften. 21 Prozent der Kassenzurückgeber zahlen tatsächlich nur ein Krankenkassenhonorar bis zu 30 000 M. Das Durchschnittseinkommen aller Kassenzurückgeber betrug 14 000 M. Dieses geringe Einkommen ergab sich aus der außerordentlich niedrigen Bezahlung durch die Krankenkassen, die für eine Einzelkonsultation 2 bis 2,50 M. aufwendeten. Schon im Jahre 1920 hat

Herr Fräsendorf als Vertreter der Krankenkassen ein Kassenarzteinkommen von 50 000 M. als angemessen bezeichnet. Nur 3,62 Prozent aller Ärzte haben bisher ein Einkommen über 50 000 M. Bei der Berechnung der Arzteinkommen müssen die geradezu ungeheuren Geschäftsauslöser der Ärzte in Ansatz gebracht werden, wonach sich dann das tatsächliche Einkommen meistens bis auf die Hälfte verringert.

Eine gerechte Würdigung des Verhältnissestandpunktes muß auch unter dem Gesichtspunkt erfolgen, daß durch die Einführung der Familienversicherung die schon jetzt geringe Privatpraxis der Ärzte fast völlig beseitigt werden würde. Bei Einführung der Familienversicherung würden etwa 2,7 Millionen von den 3,8 Millionen betragenden Einwohnern Berlins durch die Krankenkassenärzte versorgt werden. In dem Rest von 1,1 Prozent der Bevölkerung sind aber noch die Alt- und Invalidenpensionäre sowie die Militärversorgten mit ihren Angehörigen enthalten, so daß nur ein geringer Teil der Bevölkerung für die Privatpraxis in Frage kommt, da ja die ebenfalls schlecht bezahlten Beamten und die Unmenge kleiner Händler als zahlungsfähige Patienten nicht anzulegen sind. Der Vorschlag der Ärzte auf Einzelbezahlung der Behandlung ist nur im Anfang gemacht worden, um in einer kurzen Probezeit eine Grundlage für eine gerechte Pauschale zu finden. Es ist also unzutreffend, daß die Ärzte die Familienversicherung durch die Forderung der Einzelbezahlung zu verschleppen beabsichtigen.

Die Verteilung der Stadtverordnetenstimme

Nach dem vorliegenden amtlichen Bericht über das Ergebnis der Stadtverordnetenwahl am 10. Oktober entfallen nach Verteilung der Reststimmen auf die einzelnen Parteien nachfolgende Zahl von Mandaten:

Table with 4 columns: Kreiswahlvorschlag, Stadtverordnetenvorschlag, Zusammen, and a final column. Rows include U.S.P.D., S.P.D., A.P.D., D.N.V.P., D.S., D.V.P., and Freie Vereinigung.

Die Verteilung auf die Kreiswahlvorschläge

Table with 13 columns: Kreiswahlvorschlag, and 12 columns for various districts (I to XV) and a final column for total seats (Ges.).

Ausgabe von neuen Milkarten

Die Milkarten für Dezember 1921 werden in sämtlichen Groß-Berliner Verwaltungsbezirken in den nächsten Tagen ausgegeben und zwar in Berlin für die Kinder im 1. und 2. Lebensjahre am Donnerstag, den 10., Freitag, den 11. und Sonnabend, den 12., für die Kinder im 3. und 4. Lebensjahre am Montag, den 14., am Dienstag, den 15. und Mittwoch, den 16. November 1921. Ferner gelangen Karten für werdende Mütter (A-Karten) und zwar durch die Brotkommission zur Ausgabe. A-I- und A-II-Kinderkarten erhalten je 1/4 Liter und die B-I- und B-II-Kinderkarten sowie die Karten für werdende Mütter (A-Karten) je 1/2 Liter Milch täglich.

Die auf Milkarten zu verarbeitende Milch wird zum vorbestimmten Preise an die Bezugsberechtigten abgegeben. Die Höhe des Preises wird durch besondere Verfügung bekannt gegeben. Den Haushaltungen, denen Karten für verschiedene Altersstufen ausgeben, sind sämtliche Milkarten an einem Tage zu verarbeiten. Die Inhaber von Milkarten haben die Dezembermilkarten bis zum 25. November 1921 einschließlich dem Kleinhandler vorzulegen. Die Milkarten können in allen A-B-Milkgeschäften und in sämtlichen Kuhställen zur Anmeldung gebracht werden.

Der unästhetische „Benuswagen“

Am kommenden Freitag wird vor der 4. Strafkammer des Landgerichtes II ein Prozeß verhandelt, dessen Ausgang weitestens Kreise der deutschen Künstler und Schriftsteller interessieren dürfte. Unter der Anklage, unästhetische Schriften verbreitet zu haben, soll sich der Inhaber des Verlages Gurlitt, Wolfgang Gurlitt, verantworten.

In dem genannten Verlag ist eine Sammelmappe unter dem Namen „Der Benuswagen“ erschienen, die Beiträge hervorragender Künstler und Schriftsteller enthält. Die erste Mappe bringt das wenig bekannte Jugendwerk Schillers, den „Benuswagen“, zu dem Lodovico Corinth die Lithographien schuf. Die Anklage bezieht sich auf alle Sammelmappen des Gesamtwerkes für unzüchtigen Inhalt. Die Angeklagten sind der Reichsanwalt Dr. Brunner, der Staatsanwalt eingetretener Gutachten, dessen Verfasser Professor Heise vom Staatlichen Museum ist. Zu der Verhandlung am kommenden Freitag hat der Verteidiger Gurlitts, Rechtsanwalt Friedrich Grünspach, als Sachverständiger Geheimrat Professor Wählold vom Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, den Reichsankwart beim Reichsministerium des Innern, Dr. Redlob, sowie den Leiter der Filmoberprüfstelle, Staatsanwalt Bulko, geladen.

Jugendliche Abenteuer

Einen recht milden Ausgang nahm ein durch Schundliteratur entstandener verbreiteter Plan, welcher ursprünglich den Gegenstand eines Verfahrens wegen versuchten Raubmordes gebildet hatte. Am ersten Vingsstichtage d. J. ließen sich zwei junge Leute nach Esten und zurück fahren und ließen sich schließlich in einem Hotel in der Lindestraße aus. Der Chauffeur, der 450 M. zu fordern hatte, stellte fest, daß die Jünglinge, die sich nicht wieder leihen ließen, in dem Hotel wohnten, und benachrichtigte die Polizei. Die beiden jungen Leute hatten sich in dem Zimmer eingeschlossen und bedrohten jedermann, der den Versuch machte, in das Zimmer hineinzukommen, mit Erschießen. Durch einen Trick gelang es schließlich die beiden Leute zu verhaften. Es waren dies der 17jährige Sohn eines Milchhändlers R. aus Hamburg und der 19jährige Schüler eines Technikums W. A. beide seinem Vater 800 M. unterschlagen und war mit seinem Freunde W. nach Berlin gefahren, wo das Geld mit einigen Dämchen bald durchgebracht war.

Gewisse „Schmärer“ und „Kinofilme“ liegen in den beiden jungen Leuten, die sich in echter „Lebertrumpf-Romanen“ natürlich zuerst einen Revolver zugelegt hatten, den Plan reizt, einem Autodroschkenführer, bei dem sie in der heutigen Zeit mit Recht viel Geld vermuteten, auf der Landstraße von hinten zu erschließen, ihm das Geld abzunehmen und das Auto dann zu verkaufen. Neben ihren Revolvern nahmen sie zur Ausführung der Tat Feuerhandgranaten mit und wollten in der Autodroschke auslösen, wer den Chauffeur erschließen sollte. Schließlich fehlte ihnen glücklicherweise der Mut, einen derartigen Mordanschlag zu begehen und sie fuhren völlig ratlos nach Berlin zurück.

In dem Vorverfahren wegen versuchten Raubmordes machte Rechtsanwalt Treitel geltend, daß die Tat der Angeklagten nicht über die vorbereitenden Handlungen hinausgekommen sei und allenfalls Betrug gegenüber dem Droschkenführer vorliege. Das Gericht sah ferner mit dem Verteidiger die Tat der Angeklagten als einen verächtlich-phantastischen Dummenjungenstreich an und belieh es bei einer Geldstrafe von je 150 M.

Ein Postflugzeug abgestürzt. Das Postflugzeug I 78 D, das auf der Linie Stank-Dresden verkehrt, kürzlich gestern am Mittwoch gegen 3 Uhr, infolge Motordefekts bei Neu-Kladow unweit des Havelufers aus beträchtlicher Höhe ab und ging vollständig in Trümmer. Der Führer desselben ist wie durch ein Wunder bis auf eine kleine Wunde über dem linken Auge unverletzt geblieben.

Der einzige Weg

Roman von Paul Reboux

Übersetzt von Rudolf Jäpik. Copyright 1921 by Grethlein & Co. G. m. b. H., Leipzig.

(1. Fortsetzung.)

„Im selben Augenblick?“ stellte es an der Vergangenheit.

„Was habe ich gesagt?“ stellte Frau Réal vergnügt fest.

Josef Coigny erschien mit vielen Entschuldigungen. Er war ein großer, wohl aussehender Mann mit breiten Schultern. Seine Stirn war niedrig, sein Gesicht lang und schmal; gebogene Wimpern verdeckelten die ausdruckslosen Augen; ein blonder Schnurrbart hing bis zum Kinn herab. Eine Mähne, lange Wimpern, ein farblos Schnurrbart genügen im allgemeinen nicht, die Vorstellung eines Pferdehofes zu erwecken. Und doch dachte man beim Anblick von Josef Coigny sofort an ein Pferd. Sein Anzug war gepflegt wie ein gut gehaltenes Fell, und seine ganze Erscheinung machte den Eindruck von Ausdauer und derber Kraft.

Das Mahl begann. Beim Geklapper der Gabeln, die über das Porzellan krachten, tauschte man zunächst belanglose Gesprächs.

Réal erzählte seine Begegnung mit Doktor Sauvargue und gab bei dieser Gelegenheit einige militärische Erinnerungen zum besten. Dann wandte er sich an Coigny:

„Wie gehen die Geschäfte, alter Freund? Zufriedenstellend?“

„Es geht.“

Réal lachte.

„Der Schieberstand gedeiht, wie?“

Coigny hatte jenen schmerz zu erklärenden Beruf ergriffen, durch den viele elegante Leute ihre Einkünfte vergrößern. Er verkaufte Dinge, die er niemals besessen hatte. Leuten, die sie ihm niemals bezahlten. Zwei Briefe, drei telephonische Anrufe genügte ihm, Geschäftsleute in Beziehungen zu bringen. Wolle, Kohle, Dedon, Kondensmilch, alles war ihm recht. Er ließ Tonnen von Walfischtran im Stroh, um sich in Besprechungen über einen Posten Stachelstraß zu stützen. Ohne Arbeit, ohne Risiko. Aus der Arbeit und dem Wagemut anderer zog er seinen Vorteil. Nun wandte sich Coigny seinerseits an Réal:

„Wie geht's bei Ihnen?“

„Der Kleintram des Alltags...“

„Aber wir werden doch dieses Jahr im Théâtre français aufgeführt!“ unterbrach Frau Réal.

Bei diesem Gedanken erweiterte sich ihre Miene. Sie liebte den Ruhm und hatte als Tochter eines Geschäftsmanns Sinn für offensichtliche Vorteile. Sie war stolz, die Gattin eines Mannes zu sein, der beim Geldverdienen auch noch betrieblustig war. Wenn sie in den Kaufhäusern ihre Adresse angab, buchstabierte sie K-O-A-L mit gemachter Bescheidenheit, wobei sie auf dem Gesicht des Kassierers nach dem höflichen Rächer spähte, das besagte: „Jacques Réal? O, ich weiß wohl...“

„Wann wird dein Stück gespielt?“ fragte der Schwiegervater.

„Ich hoffe, im Mai. Freilich, da das Stück von Donnay so gut geht, werden wir vielleicht bis zum Oktober warten müssen.“

„Haben Sie nicht auch etwas fürs Théâtre des Variétés?“ erkundigte sich Coigny.

„Doch. Aber ich beziehe mich nicht. Die Herren Kollegen sehen es nicht gern, wenn ein Autor zwei Stücke in derselben Spielzeit herausbringt.“

Coigny, der auf weltmännische Manieren hielt, fragte Frau Réal nach ihrer anderen Schwägerin, Frau Buchmann, die mit einem Züricher vermählt war und in der Schweiz wohnte.

Bei dem Namen Buchmann runzelte Herr Bloquet die Stirn. Er erklärte es als bedauerlich, daß die zweite Schwester seines Schwiegervaters nicht in Frankreich verheiratet sei; der bloße Name der deutschen Schweiz verursachte ihm Unbehagen.

Frau Barabère brach ihr gewohntes Schweigen: „Sie hat mir vorgeteilt geschrieben, es geht Ihnen gut.“

„Ist das Land dort unten immer noch so verflucht von den Bodes?“ brummte der alte Bloquet.

„Wie hart Sie über Herrn Buchmann urteilen!“ meinte Frau Barabère sanft. „Sie sehen in ihm immer den Feind. Seine Frau und er haben sich doch während des Krieges der Internierten wahr angenommen.“

„Einerlei!“ beharrte Bloquet. „Jetzt geben sich die Schweiz, Holland, Spanien als Vorzimmer her, wo die Bodes warten können, bis sie wieder bei uns Zutritt finden. Und ich gestehe, all diese Länder sind mir recht unangenehm.“

„Ach!“ lächelte Frau Réal, „die Bodes haben solche Vorkehrungsregeln gar nicht nötig. Sie nisteten sich schon in Frankreich ein, wo es ihnen paßt. Erst gestern ist bei Frau Bernard, der Witwe des Kapitäns, die sich mit Zimmerver-

mieten befehlen muß, ein Boche erschienen, der es wagte, bei ihr mieten zu wollen.“

„Und was tat die Witwe des Kapitäns Bernard?“ fragte Réal neugierig.

„Sie hat selbstverständlich lange gezögert. Dieser Boche ist vielleicht der Mörder ihres Mannes. Schließlich hat sie den klügsten Ausweg gefunden: sie hat ihm die Zimmer dreimal so teuer vermietet, als irgendein anderer bezahlt hätte.“

„Bravo!“ jubelte Bloquet. „Das ist die richtige Wiederergutmachung!“ Und in seiner Freude bekam er einen Husten-anfall, den er unter seinem Freundes zu erlösen suchte.

„Ich für meinen Teil,“ erklärte Frau Réal, „würde mich niemals entschließen, mit einem Deutschen unter einem Dach zu wohnen.“

„Aber warum denn?“ begütigte ihr Mann. „Es ist doch Friede geschlossen.“

„Einerlei. Sie sind nicht Menschen wie die anderen.“ Herr Bloquet stimmte zu.

„Sehr richtig, mein Kind! Der Deutsche ist das schrecklichste Ungeheuer, das jemals aus dem Schlunde der Hölle ausgespien worden ist. Die Deutschen sind und bleiben für alle Zeit niedere Barbaren, mit denen es für einen guten Franzosen keine Beziehung, weder im Handel noch in der Kunst noch im Gefühl, geben kann. Wenn ich denke, daß es Leute gibt, die daran denken, ihnen die Hand zu reichen! Niederfallen sollte man sie, diese Trüffel!“

„Wissen Sie das Neueste?“ fragte Coigny. „Hier in Paris hat sich eine Gruppe von Kaufleuten gebildet, eine sehr wichtige Gruppe, deren Mitglieder sich durch Eidschwur verpflichtet haben, niemals bei den Bodes einzukaufen.“

„Ich weiß wohl,“ erwiderte Bloquet. „Die Gruppe „Franzosen der Franzosen“. Und was weiter?“

„Was weiter? Man ist dahinter gekommen, daß dieser famose Bund unter der Hand von den Bodes selbst gegründet worden ist.“

„Ist es möglich?“

„Natürlich. Sie wissen, daß sie unsere Kundtschaft nicht so bald wieder bekommen werden. Sie haben also in den neutralen Ländern Warenhäuser errichtet. Dann haben sie diesen Bund und ein Kaufhaus in Paris gegründet. Da es weniger teuer war als anderswo, hat man dort schleunigst seine Einkäufe gemacht. Endlich ist man ihnen hinter ihre Schliche gekommen.“ (Fortsetzung folgt.)

